

# Verantwortung statt Verschuldung

Bei der Landtagswahl am 13. Mai geht es um eine wichtige politische Weichenstellung für Nordrhein-Westfalen.

Die rot-grüne Minderheitsregierung ist mit ihrer Schuldenpolitik vor Gericht und politisch gescheitert. Obwohl das Verfassungsgericht den Nachtragshaushalt im letzten Jahr für verfassungswidrig erklärt hat, ist Frau Kraft nicht von ihrer Linie abgerückt: Als erste Regierungschefin und im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten hat sie eine Politik der Verschuldung offensiv zu ihrem Regierungsprinzip erklärt.

Damit hat sie Nordrhein-Westfalen die Rote Laterne in der bundesweiten Schuldenstatistik eingehandelt und unserem Land schweren Schaden zugefügt.

Nachdem sie für ihre Politik im Landtag keine Mehrheit mehr gefunden hat, war ihre Regierung am Ende. Jetzt haben die Wählerinnen und Wähler das Wort.

## Worum geht es am 13. Mai?

1. Wir wollen die rot-grüne Schuldenpolitik beenden und durch eine verantwortliche, nachhaltige Haushaltspolitik ersetzen – aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern.
2. Wir wollen die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufnehmen, damit solide Finanzen in Nordrhein-Westfalen gesichert sind.
3. Wir wollen die Kommunen stärken und wieder handlungsfähig machen – mit einem nachhaltig wirksamen Sofortprogramm.
4. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen als starkes Industrieland wieder zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wird.
5. Wir wollen ein familienfreundliches Kinderbetreuungsangebot schaffen, damit es auch in Sankt Augustin künftig genügend U3-Plätze gibt.

Die CDU steht für solide Finanzen, für optimale Bildungschancen für jedes Kind, für eine innovative Industrie- und Energiepolitik und für zukunftssichere Arbeitsplätze.

Bitte gehen Sie am 13. Mai zur Wahl und geben uns Ihr Vertrauen und Ihre Stimme!

Mit freundlichem Gruß  
Ihr  
**Norbert Röttgen**



An alle Bürgerinnen und Bürger in Sankt Augustin

Sankt Augustin-Report  
Mai 2012



**KOMPAKT**



Informationen für den politisch interessierten Bürger

# Schon wieder Wahlen? Ja – und das ist auch gut so!

Nach nur zwei Jahren werden wir in NRW wieder zu den Wahlurnen gerufen. Jetzt haben wir die Chance, die Schuldenpolitik der rot-grünen Landesregierung gegen eine solide und belastbare Finanzpolitik der



CDU auszutauschen. In Zeiten mit Wirtschaftswachstum hat diese Landesregierung – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – nicht auf

Haushaltskonsolidierung, sondern auf durch Schulden geprägte Landeshaushalte gesetzt. Aber trotz immer mehr Schulden konnte sie nicht genug Geld für Bildung, Kinderbetreuung und Infrastrukturen bereitstellen. Auch die Kommunen haben jetzt zwei Jahre unter der schlechten Finanzpolitik dieser Landesregierung leiden müssen. Besonders die ländlichen Städte und Gemeinden in NRW fanden keine ausreichende Berücksichtigung. Vielmehr hat die rot-grüne Landesregierung planlos Finanzmittel in den Zentren von NRW eingesetzt, ohne hier strukturelle Verbesserungen vorzunehmen. Gerade NRW braucht aber ein Konzept, damit die notleidenden Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig werden; das ist aber mit „Rot-Grün“ nicht machbar!

Verantwortungsvolle und soziale Politik für NRW sieht anders aus. Sie muss jetzigen und späteren Genera-

tionen dienen. Konzeptlose Bereitstellung von Geldern für Städte und Gemeinden, steuerfinanzierte Geschenke und inkompetenter Umgang mit Finanzmitteln sind keine soziale Politik. Die rot-grüne Landesregierung gefährdet mit ihrer Schuldenpolitik jetzige und spätere Generationen.

Sie haben am 13. Mai 2012 mit Ihren Stimmen die seltene Chance, nach schon zwei Jahren rot-grüner Ressourcen verschwendender Politik einen Wechsel zum Wohle jetziger und vor allem späterer Generationen in NRW herbeizuführen. Geben Sie Ihre Stimmen Ihrer Landtagskandidaten Andrea Milz und der CDU NRW mit Dr. Norbert Röttgen. Vielen Dank.

**Ihr Axel Grzeszkowiak**

Vorsitzender der  
CDU Sankt Augustin

Ihre Stimmen am  
13. Mai für Andrea Milz  
und Norbert Röttgen

### Impressum

Herausgeber des Sankt Augustin Report KOMPAKT: CDU Stadtverband Sankt Augustin.

Vorsitzender und verantwortlich: Axel Grzeszkowiak, Kopernikusstr. 35, 53757 Sankt Augustin

# Spüren wir das auch in Sankt Augustin?

Von Georg Schell,

CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Sankt Augustin

Derzeit liest man allenthalben, die rot/grüne Minderheitsregierung hätte im Land NRW umfangreiche Fehler in der Finanzpolitik begangen. Das Landesverfassungsgericht hat sogar einen Nachtragshaushalt der von Frau Kraft (SPD) geführten Landesregierung als verfassungswidrig bezeichnet. Meistens wird in diesem Zusammenhang von Beträgen in Milliardenhöhe gesprochen und es ist oft schwer zu erkennen, inwiefern dies die Stadt Sankt Augustin und ihre Bürger direkt betrifft.

Von daher ist die Frage angebracht, ob wir die mangelhafte Finanzkompetenz von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Landesebene der letzten knapp zwei Jahre hier in Sankt Augustin zu spüren bekommen. Die Antwort ist klar und eindeutig: Ja, das spüren wir – und zwar nicht zu knapp.

Ganz allgemein liegt auf der Hand, dass alle öffentlichen Schulden letztendlich immer Schulden der Bürger sind. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Schulden der Stadt, des Landes oder des Bundes handelt. Laut Statistischem Bundesamt entfallen auf jeden Bürger in NRW Landeschulden in Höhe von ca. 7.516 € und die Gesamtschulden des Landes steigen um 125,40 € - und zwar pro Sekunde!

Eine solche Betrachtung ist natürlich abstrakt – man bemerkt es nicht unmittelbar auf dem eigenen Konto. Daher möchte ich ein konkretes Beispiel aufzeigen, wie sich der mangelhafte Umgang mit Finanzen des bisherigen Kabinetts unter Frau Kraft (SPD) und ihrer Stellvertreterin Frau Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) auf Sankt Augustin auswirkt.

Ab August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch für ihre ein- und zweijährigen (U3) Kinder auf einen Betreuungsplatz. Hierfür sind umfangreiche Erweiterungen der Kindertagesstätten notwendig, die für die Kommunen kostspielig sind und für die der Bund Finanzmittel bereit stellt. Zuständig für diese Mittel ist für Sankt Augustin aber nicht der Bund, sondern das Land NRW.

Wir liegen in Sankt Augustin aufgrund der Anstrengungen von Verwaltung, Politik und Freien Trägern zwar über dem Landesschnitt, haben aber das Minimalziel, dass für 35% der U3-Kinder Plätze zur Verfügung stehen, noch längst nicht erreicht. Hauptproblem dabei ist der Mangel an finanziellen Mitteln – einfach gesagt: würde das Land der Stadt das Geld für zusätzliche Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt haben, könnte das Minimalziel in erreichbarer Nähe sein.

Und dann das: Im Februar 2012 räumt Finanzminister Walter-Borjans (SPD) vor dem Haushaltsausschuss des Landes ein, dass im Jahr 2011 38 Mio. € an Bundesmitteln für den Ausbau von U3-Kitaplätzen durch NRW nicht abgerufen wurden. Fazit: Sankt Augustin benötigt dringend Geld, um langfristig die Betreuung der ein- und zweijährigen Kinder sicherzustellen, und die rot/grüne Landesregierung ruft bereitgestelltes Geld hierfür einfach nicht ab.

Ende 2011 musste Frau Asch, kinder- und familienpolitische Landessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen einräumen, dass „NRW im bundesweiten Vergleich beim U3-Ausbau auf dem letzten Platz liegt.“ Wenn vorhandene und vor allem not-



wendige Gelder einfach nicht weitergeleitet werden, ist das auch kein Wunder.

Leider ist dies kein Einzelfall – ebenfalls seitens NRW in 2011 nicht abgerufen wurden bei Bund und EU laut Vorlage 15/1212 des Finanzministers 80 Mio. € für den öffentlichen Nahverkehr, 50 Mio. € zur Wirtschaftsförderung, 50 Mio. € zur Förderung der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung sowie weitere Beträge – in einem Jahr insgesamt über 300 Mio. €! Wenn eine rot/grüne Landesregierung schon bei solchen Grundlagen der Finanzpolitik versagt, darf man sich nicht wundern, wenn der Schuldenstand immer weiter steigt und Kommunen wie die Stadt Sankt Augustin immer mehr finanzielle Probleme bekommen.

Als verantwortungsvoller Kommunalpolitiker lege ich Ihnen daher mit den geschilderten, guten Gründen ans Herz: Geben Sie bei der kommenden Wahl beide Stimmen der CDU NRW, damit sich Andrea Milz und Dr. Norbert Röttgen maßgeblich für eine kompetente Finanzpolitik einsetzen können – das kommt unserer Stadt und uns allen zu Gute!

P.S.: In der kurzen Zeit, in der Sie diesen Artikel gelesen haben, sind übrigens die Schulden des Landes NRW wieder um ca. 30.000 € gestiegen – höchste Zeit, dass dagegen etwas unternommen wird!

# Liebe Wählerinnen und Wähler!

Die Minderheitsregierung ist gescheitert – die CDU NRW steht für Stabilität, Verlässlichkeit und Zukunftsverantwortung.

Von 2000 bis 14.03.2012 war ich für Sie im Landtag Nordrhein Westfalen als Abgeordnete tätig; zuletzt als stellvertretende Fraktionsvorsitzende zuständig für Integration, Emanzipation, Demografie und Sport. Meine Arbeit macht mir große Freude. Anliegen kommunaler Mandatsträger und von Bürgerinnen und Bürger konnte ich unbürokratisch klären – das ist mir besonders wichtig, da die Arbeit im und für den Wahlkreis meine Herzensangelegenheit ist. Gerne möchte ich weiterhin Ihre Interessen in Düsseldorf vertreten. Ehrlich, offen, verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert Politik zu gestalten - dafür stehe ich.

Die 19 Monate der Regierung von SPD und Grünen waren 19 verlorene Monate für NRW. Frau Kraft ist mit ihrem Schuldenhaushalt gescheitert. Die Landesentwicklungsplanung liegt auf Eis, die Energiewende kommt nicht voran. Beim U3-Ausbau ist NRW bundesweites Schlusslicht. Der Ausbau der Familienzentren wurde gebremst.

Die CDU NRW steht für solide Finanzen, Betreuungsplätze für Kinder, Politik für Kommunen, ein gegliedertes Schulsystem und Chancen für die Wirtschaft! Unter Federführung der CDU konnte der Schulkonsens in NRW entwickelt werden und die CDU Landtagsfraktion hat ein Positionspapier zur Inklusion vorgestellt, das weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus Anerkennung gefunden hat.



Die Landtagskandidatin Andrea Milz, die Hangelarer Ortsvorsteherin Marika Roitzheim und Bürgermeister Klaus Schumacher  
Foto: S. Lienesch

Hier bei uns zu Hause ist das Bonn/Berlin-Gesetz nach wie vor ein großes Thema. Die Dienstposten der Bundeswehrstandorte in Sankt Augustin werden im Zuge der Bundeswehrreform zwar reduziert, der Standort der Bundeswehr in Sankt Augustin bleibt jedoch grundsätzlich erhalten. Erfreuliche Nachrichten gab es für Birlinghoven: Nach zahlreichen Gesprächen, die ich unter anderem mit der Regierungspräsidentin unter Einbeziehung der Kommunalpolitik geführt habe, freue ich mich, dass der Landesbetrieb Straßen NRW nun einer Verlängerung der Ortsdurchfahrt in Birlinghoven zugestimmt hat.

Bitte gehen Sie am 13. Mai 2012 wählen:  
Erste und zweite Stimme für die CDU!

Wollen Sie mehr über mich wissen? Besuchen Sie mich unter:  
[www.andrea-milz.de](http://www.andrea-milz.de)

**Herzlichst  
Ihre**

**Andrea Milz**